

LV Rheinland-Pfalz Kreisverband Mainz

NEWSLETTER Nr. 11 (01/2024) vom 15. Januar 2024

Liebe Mitglieder und Interessierte,

die Politik kann doch nicht wollen, dass eine Branche nach der andere zerstört wird! Viele Menschen haben so jahrelang gedacht. Doch spätestens seit den hunderttausenden von Demonstranten in der letzten Woche ist sichtbar geworden: Diese Illusion trägt in der breiten Öffentlichkeit nicht länger. Verschiedenste Branchen haben mit den Landwirten gegen eine zerstörerische Politik demonstriert. Aber statt eines Rückblicks auf die Ereignisse zu richten, möchten wir in diesem Newsletter der Frage nach den Motiven der Politik nachgehen.

So sind die Proteste der Landwirte kein allein deutsches Phänomen. Seit Jahren demonstrieren die Landwirte in den Niederlanden gegen eine Politik, die die Schließung von Höfen massiv vorantreibt. Was einen dabei noch weit stütziger macht: Bauern, die eine Abfindung erhalten, werden mit einem europaweiten Berufsverbot belegt. **„Der Grund dafür ist ein Plan der niederländischen Regierung, bis zu 3.000 Höfe zu schließen. Die niederländische Regierung bietet ihnen zwar über 100 Prozent des Wertes ihres Besitzes an, dafür müssen sie aber ein Berufsverbot in allen Ländern der EU akzeptieren.“** Ein ähnliches Bild zeichnete sich in Belgien ab. Zielgerichtet schreitet auch dort die Abschaffung der Landwirtschaft massiv voran - 14 Prozent zurückgegangen. In den Niederlanden in etwa dem gleichen Zeitraum sogar um ein Drittel. Doch wie kommt es zu dieser Politik? Einen Blick auf diese Fragen wirft **der Artikel des Bloggers Thomas Röper**, den wir hiermit empfehlen möchten:

„Warum die Bauernhöfe in die Pleite getrieben werden und worum es wirklich geht“

Thomas Röper beschreibt darin eine beabsichtigte Neuausrichtung der Versorgungsstrukturen Europas, die sich auf die verschiedenen Länder ausdehnen. Dies lässt sich daran ablesen, dass auch die Weltgesundheitsorganisation WHO - die nicht zuletzt just in der Woche vor Beginn der deutschen Bauernproteste zu einer Neuausrichtung der Lebensmittelversorgung aufrief. **„Die Welt müsse weg vom Fleischverzehr und hin zu mehr pflanzlicher Nahrung. Außerdem wirbt die WHO für Insekten als Lebensmittel und für im Labor gezüchtetes Fleisch.“**

Auch die EU treibt diese Politik voran, wie Röper beschreibt: So fördert sie die Entwicklung von im Labor gezüchtetes Fleisch und Proteinen aus Insekten, was sich z.B. letztes Jahr in der erweiterten Zulassung von Insektenmehl als Beimischung zu Lebensmitteln widerspiegelt. Zusätzlich werden in den so genannten C40-Städten (zu denen unter anderem Berlin, Frankfurt, Hamburg und München gehören) für die Bewohner verbindliche Regeln entwickelt, wonach der Fleisch- und Milchprodukte-Konsum ganz auf 0% (!) gesenkt werden sollen.

Die Frage angesichts dessen lautet, wer zielt dahin und warum? Antwort darauf bietet das Konzept der „Öffentlich-Privaten-Partnerschaft“ oder **„public-private partnership“** ein Begriff den man sich im Bewusstsein halten sollte, da er hier und da immer wieder ins öffentliche Bewusstsein gebracht wird. Es handelt sich dabei um das Zusammenwirken von privaten Trägern und öffentlicher Hand, das aber nichts anderes ist, als ein Zusammenspiel von Lobbyismus und Politik, indem von Lobbygruppen Programme angestoßen werden, die dann mithilfe öffentlicher Gelder finanziert werden und so den Zufluss von Steuergeldern zu den Konzernen lenken. **„Das System nennt sich öffentlich-private Partnerschaft (public-private partnership, kurz ppp) und funktioniert immer nach dem gleichen Muster: Die Stiftung eines westlichen Oligarchen, von den Medien liebevoll „Philanthrop“ genannt, schiebt ein Projekt an, finanziert es mit einigen Millionen, danach sind die westlichen Regierungen davon ganz begeistert und steuern ein Vielfaches (oft sogar das hundertfache)**

an Steuergeldern bei.“ (Wir denken dabei sofort an die Geschichte der Verstrickung zwischen Umweltminister Habeck und dem so genannten „Graichen-Clan“ aus dem letzten Jahr, haben aber auch die kürzlich veröffentlichten sonderbaren Abrechnungen für Radwege für bzw. in Peru im Kopf.)

Angesichts dessen ist die Frage: Welche Bauernhöfe sind besonders betroffen durch die Abschaffung der Subventionen. Auch hier lässt sich wieder genau dieses Vorgehen ablesen: Es sind kleine Familienbetriebe, die ihre Tätigkeit zugunsten großer Konzerne aufgeben werden (müssen). Röper zieht hierbei direkte Parallelen zu dem, was seit Jahrzehnten in den Entwicklungsländern vorangetrieben wird. So beschreibt er in diesem Zusammenhang die Übernahmen von Ackerland in Indien und Mexiko, aber ebenso Afrika und der Ukraine durch westlich, supranationale Konzerne und/oder holdings.

So wurde ein gemeinsames Projekt von Gates und Rockefeller in Afrika entwickelt, das ebenfalls mit viel Steuergeld der westlichen Staaten den Hunger bekämpfen sollte. **„Dabei wurden afrikanische Bauern gezwungen, auf genmanipuliertes Saatgut von Monsanto umzusteigen und so in die Abhängigkeit von Monsanto getrieben, woran Gates und Rockefeller dann verdient haben. Nur das offizielle Ziel, die Erträge der Bauern zu erhöhen und so den Hunger in der Region zu bekämpfen, wurde leider nicht erreicht.“** Wie Röper weiter ausführt wurde ein ähnliches Vorgehen in der in der Ukraine angewendet. **„Die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Pläne umgesetzt werden. Wenn landwirtschaftliche Betriebe pleite gehen, kann deren Land billig aufgekauft werden. Der vom US-geführten Westen kontrollierte IWF hat der Ukraine 2020 als Bedingung für weitere Kredite diktiert, sie müsse den Ausverkauf der Schwarzerde, der fruchtbarsten Böden der Welt, an Ausländer gesetzlich erlauben.“** Die Folgen dessen lassen sich gerade in dieser Woche an den Bauernprotesten in Rumänien und Polen ablesen, die gegen das Preisdumping durch die massenhaften Einfuhr von Getreide aus der Ukraine und eine Gefährdung ihrer Marktfähigkeit demonstrieren.

Insgesamt deckt Thomas Röper in seinem Artikel auf prägnante Weise ein systemisches Problem auf, das alles andere als wirre Phantasie ist, er zeigt: Die Entwicklung dorthin wird in verschiedenen Ländern (siehe Niederlande, Rumänien, Polen, Deutschland etc.) schonungslos vorangetrieben, wobei die Probleme der Landwirte nur einen Teilbereich eines weit größeren Projektes darstellen. **„Es geht nicht um ein paar Subventionen für Agrardiesel, es geht um ein systemisches Problem und um eine ernsthafte Gefahr für Freiheit und Wohlstand, siehe die C40-Städte mit ihrer Forderung, zukünftig ohne Fleisch, neue Kleidung, eigene Autos und sogar Flugreisen zu leben.“**

Der Artikel liefert auf klare Weise einen Blick auf das weitreichende Gesamtbild unserer gegenwärtigen Situation. Auch wenn Wikipedia ihn als „Verbreiter von Desinformation“ diffamiert, ist sein Artikel gut recherchiert und mit zahlreichen Quellen belegt. Darum möchten wir ihn euch hiermit weiterempfehlen, um euch ein eigenes Bild zu machen (<https://www.anti-spiegel.ru/2024/warum-die-kleinen-bauernhoefe-im-westen-in-die-pleite-getrieben-werden-und-worum-es-wirklich-geht/>).

Einen eingesprochenen Podcast findet ihr ebenso (<https://apolut.net/warum-die-bauernhoefe-in-die-pleite-getrieben-werden-und-worum-es-wirklich-geht-von-thomas-roeper/>). Bleibt wachsam, denn Verstehen ist der erste Schritt zur Änderung.

Euer Team vom Newsletter des KV-Mainz

Zur Abmeldung vom Newsletter

Schreiben Sie bitte kurz eine E-Mail an: news@diebasis-mainz.de

Impressum

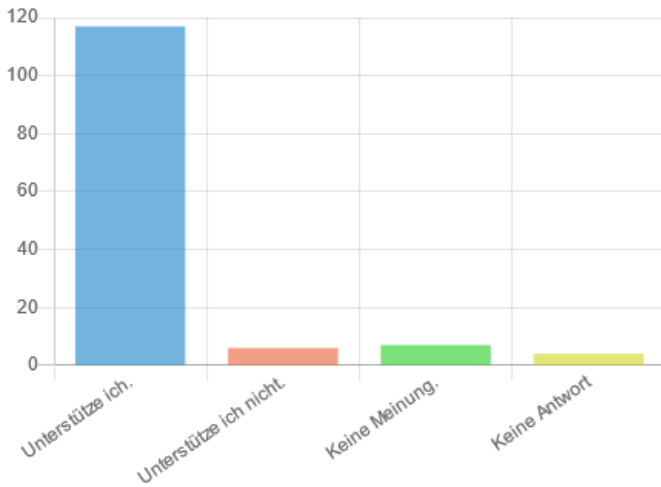
dieBasis KV Mainz Vertreten durch Dr. Jörg Heuser und Alexandra König

Platanenstr. 20 55129 Mainz

www.diebasis-mainz.de

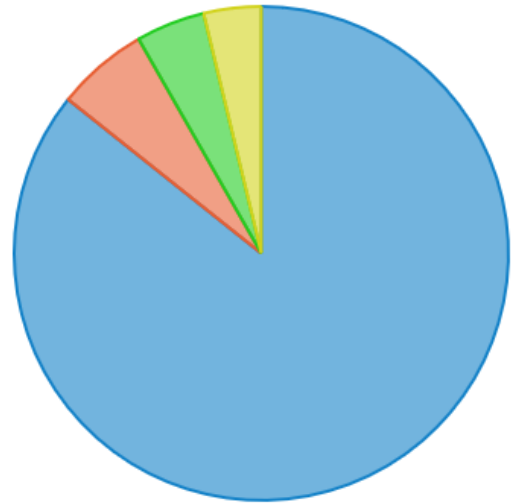
Ergebnisse der Umfrage des Landesverbandes RLP zu den Protesten am 8.1.24:

Beibehaltung der Befreiung von der Kfz-Steuer für land- und forstwirtschaftliche Maschinen (ca. 480Mio€ bundesweit / pro Klein-Traktor ca. 600€/Jahr)



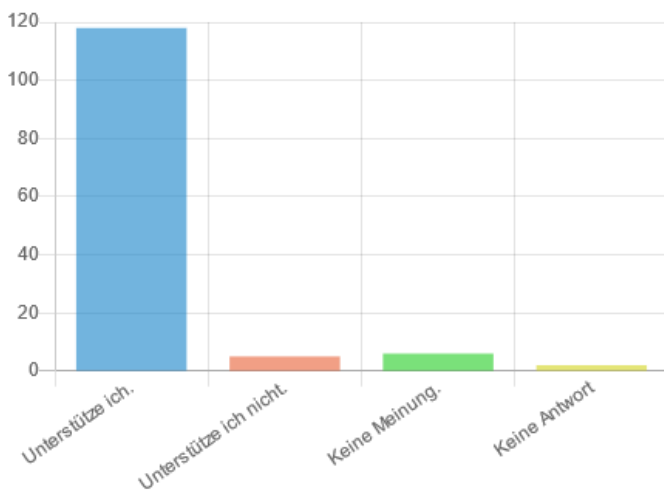
- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Subvention des Agrardiesel beibehalten (Subvention in Höhe von 21,48ct/Liter soll gekürzt werden; insgesamt ca. 440Mio€ bundesweit)



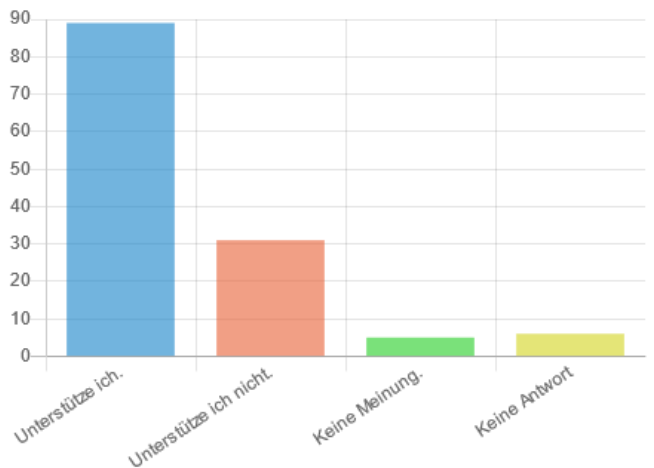
- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Aufheben der zusätzlichen CO2-Abgabe (200€ pro Tonne CO2) auf die Maut



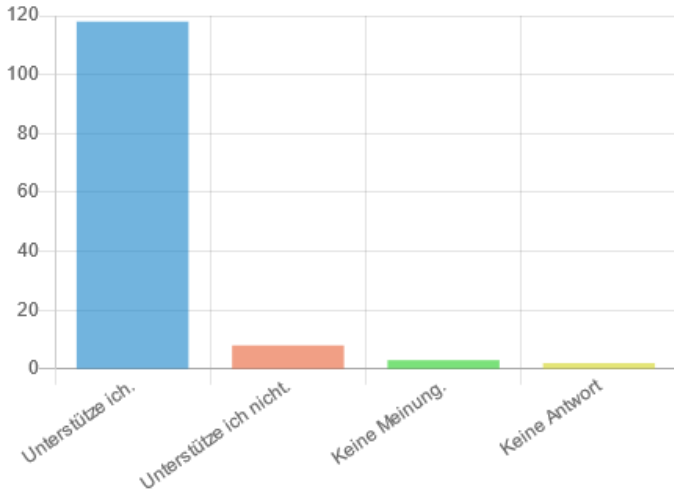
- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Beibehaltung der bisherigen CO2-Steuer auf Kraftstoffe, Gas und Heizöl (steigt von 30€ auf 45€ pro Tonne CO2 / geplante Erhöhung steigert den Preis für Kraftstoffe um ca. 4ct/Liter)



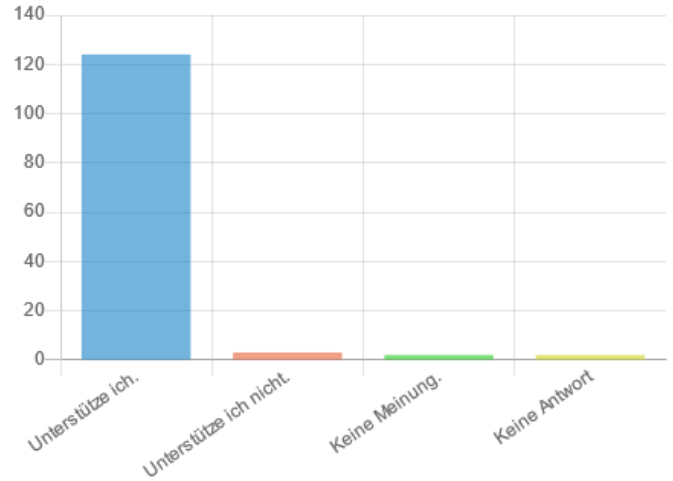
- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Weiterhin eine ermäßigte Besteuerung von Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen (ermäßigter Steuersatz von 7% auf Essen im Restaurant wird nicht verlängert)



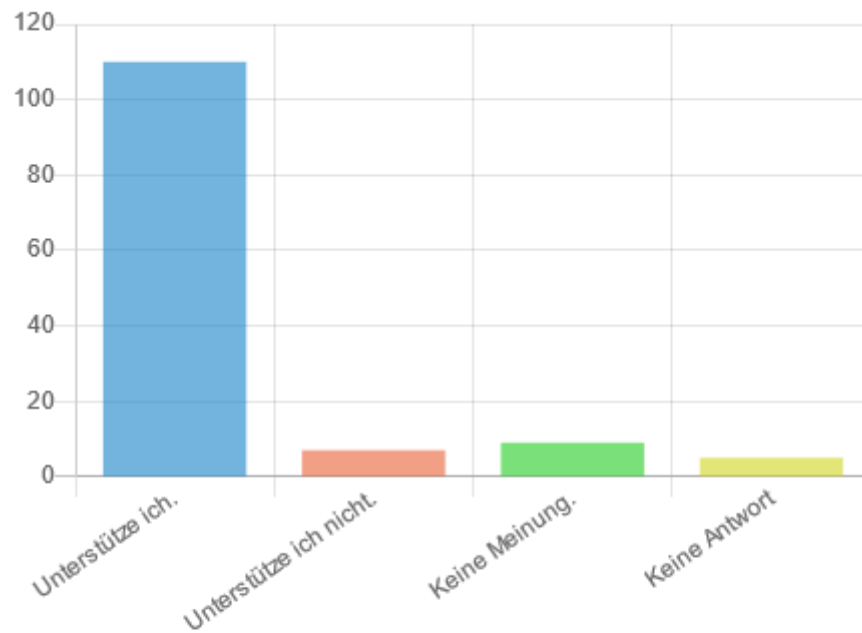
- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Keine Erhöhung der Stromnetzgebühren (Netzentgelt steigt um 14% / ca. 40€ mehr pro Haushalt)



- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort

Die Ampel-Koalition soll schnellstmöglich zurücktreten.



- Unterstütze ich.
- Unterstütze ich nicht.
- Keine Meinung.
- Keine Antwort